

# Sachbezogenes gab es auch...

Bei den emotional geladenen Themen wie Familie und Ausländerkriminalität neigte der Rat wie so oft zu Fundamentaldiskussionen, die mehr für die Medien gedacht sind als zur Problemlösung. Aber wir haben in der Sondersession doch auch noch den einen oder anderen sachlich begründeten Entscheid getroffen. Drei Beispiele:

## Ausbau des GWK

Das Grenzwachtkorps soll verstärkt werden. Diesen Beschluss fällte der Nationalrat im Rahmen der Sonderdebatte zu Schengen. Dass sich die Mitgliedschaft beim Schengen-Abkommen für die Schweiz bisher ausgezahlt hat, war ausser bei der äusseren Rechten unumstritten. Allerdings bedeutet Schengen nicht, dass keine Si-

cherheitskontrollen mehr stattfinden. Sie finden jedoch nicht mehr halbwegs «blind» an der dünnen Grenzlinie statt, sondern in der Tiefe gestaffelt im Landesinnern. Gezielt aufgrund von Hinweisen, die dem europaweit geführten Schengener Informationssystem entnommen werden. Dazu braucht es weiterhin Fachpersonal des Bundes, in Kooperation mit den kantonalen Polizeikorps. Die Aufstockung des GWK ist notwendig und richtig, ebenso die weitere Optimierung der Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Nachbarländern, denen der Rat ebenfalls zustimmte.

## Luft für Tourismus und Politik

Richtig entschied der Rat auch

bei der Verlängerung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes von 3,8 Prozent für die Beherbergung. Etwas anderes wäre angesichts der angespannten Lage im Tourismus auch nicht infrage gekommen. Die Revision der Mehrwertsteuer kommt nur schleichend voran, der Bundesrat selber will einen Einheitssatz, das Parlament verlangt von ihm Ausarbeitung eines Modells mit zwei Sätzen. Das Thema ist heiss umstritten und braucht noch seine Zeit. Bis es reif ist, muss die bisherige Regelung weitergeführt werden. Mit der Verlängerung verschafft der Nationalrat der Hotellerie und der Parahotellerie die dringend benötigte Luft, um die aktuell schwierige Situation aus eigener Kraft zu bewältigen. Und

dem Parlament verschafft er Luft, um dereinst hoffentlich ohne Krisendruck über Einheitssatz, Zweisatz- oder Dreisatz-Modell definitiv entscheiden zu können.

## Aufhebung des Numerus clausus

Unter anderen Krisenvorzeichen steht das Gesundheitswesen: Zu wenig Ärzte trotz genügend Interessenten. Nicht für alle hat es einen Studienplatz. Während wir in der Schweiz die Lücke bei den Spezialärzten mit ausländischen Fachkräften füllen, dünnt sich der Bestand an Hausärzten gefährlich aus. Man kann im komplexen Gesundheitssystem den Hebel an vielen Orten ansetzen, um die Situation zu verbessern. Einer ist sicher die

Aufhebung des Numerus clausus für Medizinstudierende. Ich habe eine entsprechende Motion von Fraktionskollegin Brigitte Häberli, die 2011 in den Ständerat wechselte, übernommen und nun im Nationalrat durchgebracht. Das ist aber nur der eine Teil. Nun muss ihm der forcierte Ausbau an Studienplätzen folgen. Da sind vor allem die Universitätskanton gefordert.



Nationalrätin Viola Amherd